

(Fortsetzung von Seite 3)

Für die weitere Öffnung und inhaltliche Gestaltung des Studiums an der Universität ist es nunmehr erforderlich, daß unsere Studiengänge und Curricula sehr schnell nicht nur für den deutschsprachigen Raum, sondern nach Möglichkeit europäisch gestaltet werden. Eine solche Kompatibilität erfordert ein breit gefächertes Lehrangebot, orientiert am europäischen Hochschulbildungsstandard, mit zu fördernden Leistungsnachweisen für einen Studienabschluß, der in der festgelegten Regelstudienzeit zum Staatsexamen bzw. Diplom und zu disponibler Berufsfähigkeit führt;

- die Wiedereinführung eines Systems von Studienbelegen, Testat-, Praktikums- und Seminarschein, die den Hochschulwechsel erleichtern und befördern;

- das Angebot neuer Lehrgebiete und ggf. auch neuer oder wieder zu eröffnender Fachrichtungen;

- eine schnellstmögliche Verbesserung des mat.-tech. Niveaus der Praktika, der Bibliotheken und des Informationszugangs;

- die Entwicklung bestimmter Spezifika im Bildungs- und Weiterbildungsangebot, die ein unverwechselbares Leipziger Profil prägen und sich auf bestehende, neuzubildende oder wiederzuerweckende traditionsreiche akademische Schulen stützen;

- die Öffnung für Studenten und wissenschaftlichen Nachwuchs anderer Universitäten und Hochschulen;

- ein breites Weiterbildungsangebot, in der Gegenwart noch besonders apostrophiert durch die dringliche Notwendigkeit von Umschulungen in akademischen Berufen.

Seit dem November-Konkl haben wir auch auf diesem Weg Erfolge zu verzeichnen. An den Sektionen und Instituten wie am Bereich Medizin wird intensiv an der Neugestaltung des Studiums gearbeitet. So etwa die praxienähere Ausbildung im klinischen Teil des Medizinstudiums, wozu bereits Absprachen mit den Bezirkskrankenhäusern St. Georg/Leipzig und Heinrich-Braun/Zwickau geführt wurden. Dabei ist daran gedacht, daß theoretischen Komplexen unmittelbar praktische Übungen folgen sollen.

Wenn auch die Kompetenz und damit die Hauptverantwortung für die Gestaltung der Studiengänge bei

den Sektionen liegt, so hat doch die Universitätsleitung eine Reihe weiterer Voraussetzungen zu schaffen, die dem neuen Studieren, der größeren Individualität des Studierenden, gerecht werden. Es ist uns gemeinsam gelungen, ein erstes vorläufiges Vorlesungsverzeichnis für das laufende Frühjahrssemester herauszugeben. Wir halten es für ein unverzichtbares Werkzeug, das, in der nächsten Etappe kombiniert mit einem Personalverzeichnis, die volle Nutzung der Möglichkeiten einer Universitas litterarum erlaubt. In Kombination mit einem in größeren Zeitabständen erscheinenden Universitätsführer werden die Voraussetzungen geschaffen, das Studium an unserer Universität national und international angemessen anzubieten.

In gleicher Weise wird eine im April eingetragene ständige Studienberatungsstelle in der Ritterstraße wirken. Sie soll beraten von der Berufswahl an den Schulen über die Beratung Studierender zur Studiengestaltung bis hin zur Absolventenberatung und zur Unterstützung von Weiterbildungsinteressen. Die Beratung wird selbstverständlich auch zu Aus- und Weiterbildungsangeboten von Hochschulen außerhalb der DDR erfolgen können.

Nach anfänglichen Geburtswehen entwickelt sich ein vielseitiges Lehrangebot für das Studium generale. Ich stimme den zahlreichen Anregungen aus der Universität zu, daß unseren Studenten Lehrveranstaltungen zur Geschichte, Philosophie, zur Ästhetik, Ethik, Staats- und Rechtstheorie, Religionsgeschichte, Ökologie etc. angeboten werden, d. h. es sollten sich generell alle Disziplinen in der Pflicht sehen, mit dafür geeigneten Angeboten zum Studium generale beizutragen. Die Entscheidung über die Empfehlung, was und mit welcher Verbindlichkeit in welchem Umfang und mit welchem Abschluß gehört werden soll, muß wie bei der Fremdsprachenausbildung, den immatrikulierenden Einrichtungen in Abstimmung mit den Lehrenden im Studium generale vorbehalten bleiben.

Zu einem breiten Spektrum im Studienangebot gehört die Möglichkeit von Nebenfachausbildungsgängen. Zahlreiche Anregungen und Angebote dazu kommen aus verschiedenen Sektionen und Fachrichtungen wie Journalistik, Biowissenschaften, Philosophie, Geschichte, Sprachen. Weitere wie Psychologie, Agrarwissenschaften, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften wären denkbar.

An der Neugestaltung der Lehrerbildung haben die Kommissionen „Erziehungswissenschaften“ unter Leitung von Professor Faust und „Lehrerstudium“ (als Unterkommision der Senatskommission „Studenten und Studium“) unter Leitung von Professor Reinhold erfolgreich gearbeitet. Das in Kürze vorliegende Grundkonzept sieht ab 1990/91 das Lehrstudium in 2 Phasen vor. Die 1. Ausbildungsphase wird an der Universität absolviert und umfaßt Lehrveranstaltungen in den Fach- und Erziehungswissenschaften sowie Praktika. In der 2. Phase erwirbt der Lehramtsbewerber nach der Vorbereitungszeit, einem Referendariat, an einer Schule mit der 2. Staatsprüfung für das Lehramt die volle Berufsfähigkeit. Dabei sollen in einer Regelstudienzeit von 8 Semestern Fachlehre mit Lehrbefähigung bis zur 10. und mit einer Regelstudienzeit von 10 Semestern Diplombefähigung mit Lehrbefähigung bis zum Abitur ausgebildet werden. Außerdem bilden wir weiter Lehrer für Erwachsenenbildung aus, und es wird vorgeschlagen, auch die Ausbildung von Unterstufenlehrern aufzunehmen. Immatriculiert an der Sektion Pädagogik, die Lehrstudenten sollen künftig ihre beiden gleichberechtigten Fächer aus einem Angebot selbst wählen können, das sich erweitern wird um Latein, Griechisch, Portugiesisch, Informatik, Gesellschaftskunde, Pädagogik, Sport. Weiteres ist denkbar.

Wir sind sicher, daß wir mit einem so angelegten Lehrstudium den Absolventen gute Chancen für ihre künftige Tätigkeit garantieren können und dem individuellen Wollen und Können der künftigen Lehrer breiten Raum bieten. Für die bereits studierenden Lehrerkandidaten sind Übergangslösungen in Arbeit. So wie erfreulicherweise neue Lehrkombinationen - wie z. B. von der Sektion Mathematik - angeboten werden, sind auch Anträge zugegangen, neue Diplomstudiengänge einzurichten oder erloschene wieder aufzunehmen, z. B. für Geographie, Geophysik, Meteorologie, Pharmazie und Ökologie. Hier ist an den zuständigen Sektionen und Fakultäten sorgfältig zu prüfen, ob die Voraussetzungen dafür gegeben sind bzw. wie sie geschaffen werden können, wobei zu bedenken ist, daß dafür erforderliche materielle oder personelle Zuwendungen zur Einrichtung neuer, insbesondere experimenteller Studienrichtungen vorher der konkreten Realisierung bedürfen.

Zur Weltoffenheit unserer Uni-

versität und zu ihrer möglichen Mittlerfunktion zwischen Ost und West und zu den Entwicklungsländern gehört unverzichtbar das Ausländerstudium sowie die Weiterbildung ausländischer Hochschulabsolventen, dazu gehört aber auch die notwendige Zuwendung zu den ausländischen Mitgliedern unserer Universität. Bedrückenden Anzeichen von Ausländerfeindlichkeit muß mit aller Entschiedenheit und mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten begegnet werden; das gebietet unser Ruf als welt-offene Universität und unsere Verpflichtung zu Humanität.

Ein universitätsspezifischer Beitrag zur Rückdämmung von Ausländerfeindlichkeit und zur Integration unserer ausländischen Studierenden ist die Einrichtung eines „Zentrums für Ausländerintegration“, das ausländischen Studenten mit Rat und Tat zur Seite steht und in engem Kontakt mit einer analogen Einrichtung am Herder-Institut arbeitet. Das Zentrum wird sich auch wissenschaftlich mit dem Problem der Ausländerintegration beschäftigen. Für die gegenwärtige Situation ist die Zusage des Ministeriums, daß die ausländischen Kommissionen ihren Bildungsweg bei uns fortsetzen können und die notwendigen Mittel bereitstellen, ganz entscheidend.

Schrittweise müssen die Studienbedingungen auf verschiedenen Gebieten entscheidend verbessert werden. Die ins Auge gefaßte Zuwendung der VW-Stiftung für Bücher und Großkopiertechnik in Höhe von 1,25 Mio DM wird schmerzliche Bestandslücken schließen, zumal den Konditionen der VW-Stiftung folgend Lehrbüchern der Vorrang gegeben wird.

Für Studenten und Mitarbeiter nutzbare Kopierautomaten sind endlich aufgestellt, und ihre Zahl wird weiter zunehmen. In Form weiterer Stiftungen stehen uns zwei hochmoderne Computerkabinette ins Haus: eins für die Ausbildung und eins für die freie Nutzung durch Studenten.

Diesen Fortschritten für das Studium stehen leider keinartel Fortschritte auf sozialem Gebiet, insbesondere was die Wohnheime und Wohnungen für Mitarbeiter betrifft, gegenüber. Wir werden uns mit dem Studentenrat gemeinsam in der Stadt weiter engagieren, um Studentenwohnraum und den zugehörigen Wohnheimneubau zu bekom-

men. In dieser Sache wenden wir uns auch mit einer Denkschrift an die neue Regierung. Mit allem Nachdruck unterstütze ich die Forderung der Studentenräte aller Universitäten und Hochschulen der DDR, das Grundstipendium auf 400 M zu erhöhen.

Die Wohnheimsituation und die zu sichernde Garantie eines Studienplatzes mit angemessenen Studienbedingungen sind es auch, die uns im Einvernehmen mit dem Studentenrat veranlassen, den numerus clausus behutsam, fachrichtungs-differenziert und mit Augenmaß zu öffnen. In der Weiterbildung ist zur Zeit Besonderes zu leisten, da die Umschulungen und Aufbau- bzw. Ergänzungskurse in akademischen Berufen stark nachgefragt werden. Zwei postgraduale Studiengänge („Unternehmensführung und -organisation“ und „Politikwissenschaft“) werden neu angeboten. Die Sektion Wirtschaftswissenschaften bietet allein 8 Weiterbildungsreihen mit Umschulungscharakter zu marktwirtschaftlichen Problemen an, wobei für „Marktwirtschaftliches Rechnungswesen“ (Professor/innen Stiegel, Geißler, Sachse) über 1300 Teilnehmer zu Buche stehen. Die Sektion Rechtswissenschaften bietet 4 Kurse an zu Problemen des bürgerlichen Rechts. Weitere Angebote von den Sektionen werden dringend erwartet.

Von grundsätzlicher Bedeutung für die Entwicklung einer Universität sind die Berufungen der Professoren. Über langfristige Notwendiges und kurzfristig zu Regendes habe ich bereits gesprochen. Aktuell stehen aber die für März ausgesetzten Dozenten- und zum 1. 9. 1990 vorgesehenen Professorenberufungen ins Haus. Für die Berufungsvorschläge für die Professoren sind wir durch den Minister, Prof. Dr. Meyer, verpflichtet, die Kandidaten öffentlich vorzustellen. Dazu schlage ich vor, daß die Mal-Sitzungen aller Fakultäten öffentlich durchgeführt, und dazu alle Berufungskandidaten für Professoren eingeladen werden, so daß das Öffentlichkeitsprinzip in vollem Umfang gewährleistet wird. Die Sitzungstermine der öffentlichen Fakultätsitzungen werden rechtzeitig in der UZ bekanntgegeben.

Sehr verehrte Konziltteilnehmer!

Es geht nun darum, daß wir mit dem heutigen Arbeitskonkl die nächsten Schritte bis zum Oktober bestimmen, um unseren „Fahrplan zur neuen Universität“, wie die Se-

natempfehlungen von der UZ apostrophiert wurden, einhalten zu können. Ohne im einzelnen diesen Beschluß wiederholen zu wollen, sind die nächsten Etappen:

1. Abschluß der Konstituierung der Fakultäten und der sie bildenden Grundeinheiten bis September. Dabei sollte der Entwurf unserer Grundordnung bereits Leitlinie für die Wahl und Zusammensetzung der zu bildenden Gremien sein.

2. Wahl des Konzils auf der Grundlage der genannten Wahlordnung Anfang Oktober.

3. Unterbreitung von Vorschlägen für die Wahl des Rektors und der Prorektoren sowie Vorschläge bzw. Bewerbungen für den Kanzler.

4. Einberufung eines demokratisch legitimierten Konzils Ende Oktober. Dieses Konkl sollte über die Grundordnung der Universität beschließen, den Rektor, gegebenenfalls die Prorektoren, wählen und die Kanzlerwünsche bestätigen.

Das Herbstkonkl sollte gemäß Senatsbeschluß auch über die Art und Weise des Zustandekommens einer sehr diffizilen Entscheidung befinden, über den Namen unserer Universität. Der Senat hat zu Anträgen aus der Universität und der Öffentlichkeit mit diesem Beschluß Stellung genommen; und ich halte es für richtig, von dem dann höchsten und demokratisch legitimierten Gremium unserer Universität entsprechende Vorschläge zu erwarten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Studentinnen und Studenten!

Wenn es uns gemeinsam gelingt, den eingeschlagenen Weg der Demokratisierung unserer Universität in der bisherigen Form des heutigen Dialogs mit Augenmaß und dem erforderlichen Weitblick fortzusetzen, dann sind wichtige Voraussetzungen für die inhaltliche Neubestimmung unserer komplexen und verantwortungsvollen Aufgabe gegeben. Dabei muß die Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit unserer Universität nach wie vor im Vordergrund unseres Augenmerks stehen. Letztlich bürgen Qualität und Quantität unserer Leistungen nicht nur für das Ansehen unserer Hohen Schule, sondern auch für die Sicherheit unserer Studien- und Arbeitsplätze.

So muß unsere heutige Beratung mit der Hauptverantwortung für die Gestaltung der Studiengänge bei

Die von unserer Universität völlig neu formierte Gewerkschaft Wissenschaft begrüßt die jetzt vor sich gehenden Bestrebungen zur Demokratisierung der Universität. Wirkliche gesellschaftliche Erneuerung muß insbesondere bei den geistigen Kräften der Gesellschaft beginnen. Wir unterstützen das Bemühen, mit einer neuen Universitätsverfassung Entfaltungsmöglichkeiten für eine freie Wissenschaft und freie, kreative, uneingeschränkte Leistungen aller Universitätsangehörigen zu gestalten. Es muß sich aber wirklich um Entfaltungsmöglichkeiten und nicht um umgepolte und nun andersherum begründete Kanalisierungsbedingungen für wissenschaftliche Arbeit handeln. Es muß durchgängig bedacht werden, daß zu wirklicher Demokratie auch soziale Sicherheit gehört, zum Prinzip der demokratischen Mitwirkung auch die Anerkennung der dazu legitimierten demokratischen Willenskräfte an der Universität. Als Gewerkschaft Wissenschaft müssen wir also Zuspruch zum Anliegen der Universitätsverfassung mit diesem Hauptanliegen verbunden. Noch haben wir die Chance, ohne Regelungsstärkte staatlicher Gesetzgebung wirkliche Demokratie an einer autonomen Universität zu schaffen. Wir begrüßen daher alles in den von den Senatskommissionen vorgelegten Papieren, was auf demokratische Rahmenbedingungen für eine förderliche wissenschaftliche Arbeit und damit auf die Wahrung des guten Rufes unserer Alma mater als eines wissenschaftlichen Leistungszentrums zielt. Dazu gehören auch die Vorschläge für eine kompetente Leitung der Wissenschaftsprozesse, für eine effektive Verwaltung.

Wir unterstützen insbesondere die Überlegungen über die Erhöhung der Kompetenz und Selbständigkeit der Fakultäten und vor allem auch der unteren Struktureinheiten. Für uns aber sind Fachkompetenz und demokratische Mitarbeit durch die Mitarbeiter keine Widerspruch; offenbar aber waren einige Senatskommissionen bei manchen Vorschlägen und Formulierungen - ich nenne die Stichworte Quotenregelung, Mehrheitsverhältnisse - von solchen Zweifeln geplagt. Der neue Vorstand der Gewerkschaft Wissenschaft an der Karl-Marx-

Universität hat gemeinsam mit dem Rat der BGL-Vorsitzenden über die vorgelegten Universitäts-papiere debattiert und dazu die Meinungen von der Mitarbeiter-basis eingeholt. Es liegen uns eine Reihe z. T. sehr kritischer Stellungnahmen aus einzelnen Struktureinheiten vor. Ich habe keinen Grund, hier zu verheimlichen, daß es gehäufte Einwände gegen den Grundsatz der veröffentlichten Universitätsverfassung gibt. Es fiel das Wort vom „Professoren-dokument“ und vom Modell einer „Oberkollisionsuniversität“. Die aufdringliche Betonung des Ordinarienprinzips bei weitgehendem Fehlen oder Unausge-fülltem demokratischer und sozialer Prinzipien hat unter den Gewerkschaftsmitgliedern zu der Frage geführt, ob dieser Ansatz überhaupt annehmbar sei und ihm nicht grundsätzlich eine alternative Lösung entgegengesetzt werden müsse. Spätestens nach Veröffentlichung des interessanten Interviews mit Prof. Jantzen aus Bremen in der Uni-versitätszeitung wird gefragt, warum unser Entwurf offensichtlich nur eine bayrische Diktion hat. Als Gewerkschaft wenden wir uns gegen die sich abzeichnende Tendenz, bestehende Regelungen aus der Bundesrepublik unkritisch und mit freiwillig vor-beugender demokratischer Selbst-entmannung zu übernehmen. In der vorliegenden Form jedenfalls ist der vorgeschlagene Entwurf einer Universitätsverfassung noch nicht eindeutig demokrati-fähig und wir fürchten sehr, daß dies auf die Ausarbeitung der Fakultätsverfassungen durchschlagen könnte.

Wir wollen unbedingt eine fortschrittliche Universität und sind gegen jede Rückkehr zu konservativen Lösungen. Gerade unsere jüngste Geschichte verpflichtet uns nicht nur zu allgemeinen demokratischen, sondern zu den fortschrittlichsten Modellen. Die Rechte der Gewerkschaften und der Personalräte sowie anderer gesellschaftlicher Interessenvertreter müssen in einer Universitätsverfassung bindend festgeschrieben werden. Arbeitsgruppen und Quotierungen nach Beschäftigtengruppen ersetzen nicht die demokratisch legitimierte Universitätsöffentlichkeit. Das Maß an Demokratie kann nicht vom guten Willen eines Rektors, Dekans oder Sektionsdirektors abhängig gemacht

werden. Es hat uns schon sehr befremdet, daß sich speziell im Arbeitspapier der Senatskommission Arbeiter und Angestellte Unterstellungen und Abqualifizierungen der Gewerkschaft Wissenschaft befinden. Ein erster Problembereich der besonders angesprochen worden ist, betrifft die vorgeschlagenen Strukturveränderungen. „Strukturlinien und Funktionsbilder. Ich werde nicht darauf eingehen, weil in den entsprechenden Ar-

Unsicherheit schafft Angst, aber keine echte Leistung. Von Prof. Dr. sc. Karl-Heinz Röhr, Vorsitzender des Universitätsgewerkschaftsvorstandes

beitsgruppen heute schon darüber debattiert worden ist. Unsere Vorschläge werden wir schriftlich weiterreichen. In einem zweiten Problembereich bewegt uns das Funktionieren der Hochschuldemokratie. Wir unterstützen die vorgeschlagene Vierstufenregelung bei der Zusammensetzung des Konzils. Bei allen anderen Quotierungen für Räte und Kommissionen soll in der Tat sehr differenziert

und nicht formal vorgegangen werden. Wobei sowohl spezielle inhaltliche Funktionen im jeweiligen Gremium als auch die reale Mitarbeiterbesetzung der Einrichtung beachtet werden muß. Es kann nicht sein, daß Hochschul-lehrer a priori in die Räte kommen, wenn keine Auswahlmöglich-keiten bestehen. Auf jeden Fall aber werden wir uns dagegen, daß den Ordinarien von vornherein per Quotierung - und nicht per demokratischer

andere konservative Handschriften entdecken wir bei den Stichworten Abwahlmöglichkeiten, z. B. des Rektors oder des Kanzlers, und Verschwiegenheitsklausel. Wenn sich letzteres als die Hintertür entpuppt, um demokratische Willensbildungsprozesse außerhalb der offiziellen Strukturen zu unterbinden, werden wir ganz gewiß den Eintritt verweigern. Wir fordern, daß zusätzlich zu den in den Beschäftigtengruppen gewählten Ratsmitgliedern in jeder Ebene offizielle Gewerkschafts- und Personalratsvertreter zumindest beratend Sitz und Stimme erhalten. Es gibt in dieser Hinsicht keinen Grund, in den entsprechenden westdeutschen Regelungen, die ja sonst auch immer Pate gestanden haben, zurückzubleiben. Den gesellschaftlichen Vertretern sollte im Interesse der Möglichkeit demokratischer Willensbildung bei bestimmten Entscheidungen ein Vetorecht mit Fristenaufschieber-Wirkung eingeräumt werden.

Der dritte Problembereich umfaßt soziale Fragen, für die in diesen Tagen die Universitätsangehörigen sowieso besonders sensibilisiert sind. Grundsätzlich müssen auch in einer fortschrittlichen Universitätsverfassung soziale Sicherstellungen für die Mitarbeiter eingebaut werden. Kündigungsschutz usw. Ich weiß, daß hier noch vieles vom Gesetzgeber her unklar ist, gerade deshalb dürfen wir nicht nur hochfliegende Pläne für morgen oder gar übermorgen machen, sondern müssen auch an die Angestellten, wissenschaftlichen Mitarbeiter, Forschungsstudenten von heute denken. Ein solcher Streitpunkt ist bekanntlich das Problem der Befristung der Arbeitsverhältnisse. Es ist für die Gewerkschaft absurd und geradezu unsozial, wenn damit das Leistungsprinzip begründet wird.

Soziale Unsicherheit schafft nur Angst, aber keine Leistung. Besonders unverständlich ist für uns, daß auch für die Arbeiter und Angestellten eine Einstellungsprobe vorgesehen ist. Wie Sie sehen, gibt es auf dem Weg zur Universitätsautonomie, den wir gemeinsam gehen wollen, eine ganze Reihe sozialer Komponenten, die weiter durch-dacht werden müssen. Hier sind die Interessen der Menschen betroffen, für die die Universität

eben Arbeitsleben und Arbeits-inhalt hoffentlich noch für viele Jahre bedeuten. Deshalb ist für uns, die Gewerkschaft, die Frage, wie es damit nun weitergeht, von entscheidender Bedeutung. Wir erklären unsere Bereit-schaft mitzutun, auch wenn wir vorläufig in dem dafür vorgesehene Ausschuß nicht offiziell vertreten sind, und es steht für uns überhaupt die Frage, wer diesen Ausschuß legitimiert. Wir versprechen, daß wir uns in diese Diskussion für die weitere Ausarbeitung der Universitäts-verfassung aktiv einbringen wollen und hier spreche ich auch ausdrücklich im Namen und im Auftrag der zweiten nunmehr an unserer Universität existierenden Gewerkschaftsorganisation, nämlich im Auftrag des Vorstandes der Gewerkschaft Gesundheits- und Sozialwesen des Bereichs Medizin. Wir wollen die demokratische Willensbildung an der Universität zu diesen substantiellen Fragen verantwort-lich mittragen. Landesweit führt die Gewerkschaft Wissen-schaft gegenwärtig eine Unter-schriftensammlung durch und veranstaltet am 22. Mai einen Ab-stimmungstag. Dabei geht es um die gewerkschaftlichen Forderungen für ein Rahmengesetz für die Hochschulen und für eine Sozialschutzvereinbarung. Für uns ist besonders die Frage wichtig, die auch der Rektor hier er-wähnt hat, nach dem Wie und Wo und Was der Wahlen zum ordentlichen Konkl nach der Legitimation einer Wahlordnung für das Konkl. Hier könnten wir uns vorstellen, und das ist ein Angebot, daß die Gewerkschaft die Aufstellung der Kandidaten-listen für die einzelnen Beschäftigten-gruppen übernimmt, genauso analog der Studentenrat für die Studenten. Nach unserer Auffassung wäre es überhaupt am günstigsten, wenn der demokratische Willensbildungs-prozess eine solche Reife erreichen würde, daß die neue Universitäts-verfassung zusammen mit dem Wahlmodus für die Konklwahlen in einer Urabstimmung aller Universitätsangehörigen verabschiedet werden könnte. Das wäre ein wirkliches Signal in Sachen Hochschuldemokratie. Auf jeden Fall unterstützen wir, daß jetzt die Universitätsöffentlichkeit in ihrer ganzen sozialen Breite gefragt ist.

(UZ setzt in der nächsten Ausgabe die Konzil-Berichterstattung fort.)